

## Erklärung von Alois Mock über den Abschluß der EU-Beitrittsverhandlungen (Wien, 2. März 1994)

**Legende:** Am 2. März 1994 hält der österreichische Außenminister Alois Mock vor dem Nationalrat in Wien eine Rede, in der er den Erfolg der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union begrüßt.

**Quelle:** Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Texte und Dokumente N°3, Juli 1994. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, [s.d.]. p. 19-23.

**Urheberrecht:** Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_alois\\_mock\\_uber\\_den\\_abschlu%C3%9F\\_der\\_eu\\_beitrittsverhandlungen\\_wien\\_2\\_marz\\_1994-de-d3fdaac6-5a9d-4bd3-a1b5-6d9f7e6ec421.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_alois_mock_uber_den_abschlu%C3%9F_der_eu_beitrittsverhandlungen_wien_2_marz_1994-de-d3fdaac6-5a9d-4bd3-a1b5-6d9f7e6ec421.html)

**Publication date:** 13/06/2014

## **Erklärung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Alois Mock, vor dem Nationalrat aus Anlaß des politischen Abschlusses der Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, Wien, am 2. März 1994**

„Hohes Haus!

Am 29. Juni 1989 hat der Nationalrat die Bundesregierung mit der überwältigenden Mehrheit von 175 gegen nur sieben Stimmen aufgefordert, Verhandlungen über einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen. Am 4. Juli 1989 ist eine entsprechende - einstimmig verabschiedete - Entschließung des Bundesrates gefolgt.

In Erfüllung dieses klaren parlamentarischen Auftrages habe ich am 17. Juli 1989 den österreichischen Beitrittsantrag in Brüssel überreicht. Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen mit der Gemeinschaft, die sich seither zur Europäischen Union weiterentwickelt hat, wurden am 1. Februar des vergangenen Jahres aufgenommen.

Heute kann ich dem Hohen Haus berichten, daß diese Verhandlungen vor etwa 12 Stunden nach einem Verhandlungsmarathon von über drei Tagen - und mehr als 70-stündiger effektiver Verhandlungs- und Gesprächsdauer - auf politischer Ebene erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Zwar haben die Juristen noch eine ganze Menge von Detailarbeiten zu erledigen. Eines ist aber bereits jetzt sicher:

**Österreich steht der Weg in die Europäische Union offen!**

Hohes Haus!

Wenn ich an die schwierigen, ja harten Verhandlungen zurückdenke, dann erinnere ich mich an ein Faktum ganz besonders deutlich:

- an den starken Willen zur Zusammenarbeit, der alle Österreicher, die an diesem Verhandlungsprozeß in der einen oder anderen Form beteiligt waren, beseelt hat.

Während des langen Verhandlungsmarathons der letzten Tage - aber auch während der vorangegangenen Wochen - habe ich wieder einmal gesehen,

- daß wir Österreicher - und zwar ungeachtet unserer Parteizugehörigkeit und unserer jeweiligen Funktionen - wirklich zusammenhalten können, wenn dies für unser Land notwendig ist.

Zum positiven Abschluß der EU-Verhandlungen hat wesentlich die politische Vorarbeit beigetragen, die insbesondere in den letzten eineinhalb Jahren in den Hauptstädten der EU geleistet wurde. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die intensiven Kontakte erwähnen, die der Herr Bundespräsident mit den Staats- und Regierungschefs und den Parlamenten und Medien in den EU-Mitgliedstaaten gepflogen hat. Hierfür sei dem Herrn Bundespräsidenten in dieser Stunde herzlich gedankt.

Weiters möchte ich mich beim Herrn Bundeskanzler, beim Herrn Vizekanzler und bei allen meinen Regierungskollegen - insbesondere auch bei jenen, die mich nach Brüssel begleitet haben -, sowie bei den Vertretern der Länder und den Sozialpartnern für die besonders gute Zusammenarbeit der letzten Wochen und Monate bedanken.

Ich habe sehr stark gespürt, daß jenen, die für unsere Europapolitik Verantwortung tragen, ja daß uns allen sehr klar bewußt ist, wie sehr es sich hier um ein entscheidendes nationales Anliegen handelt - um die wohl wichtigste Frage, die unser Land seit 1955 zu lösen hat.

Ich bin zuversichtlich, daß das Thema des Beitritts unseres Landes zur Europäischen Union auch in diesem

Hohen Haus im selben Geist behandelt werden wird.

Hohes Haus!

Konkret bedeutet das erzielte Verhandlungsergebnis insbesondere, daß Österreich jetzt die Chance hat,

- am Friedenswerk der europäischen Integration teilzuhaben;
- in die Stabilitäts- und Sicherheitsgemeinschaft der Europäischen Union eingebunden zu werden;
- und Sitz und Stimme in jenen Institutionen zu erhalten, in denen die Zukunft Europas gestaltet wird.

Über diesen Umstand freue ich mich umso mehr, als ich überzeugt bin, daß der Beitritt zu Bedingungen erfolgen kann, die den spezifischen Interessen unseres Landes entsprechend Rechnung tragen.

Hohes Haus!

Schon vor der letzten Verhandlungsrunde haben wir z. B. sichergestellt, daß Österreich auch in Zukunft ein Land sein wird, in welchem Atomkraftwerke weder errichtet noch betrieben werden dürfen.

Wir haben erreicht, daß Österreich seine höheren Umweltstandards auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union beibehalten kann.

Wir haben uns die Gewähr verschafft, daß Österreich an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vollberechtigt teilhaben wird; daß das österreichische Neutralitätsgesetz aber auch nach dem Beitritt aufrecht bleibt.

In Erinnerung rufen möchte ich weiters, daß das Burgenland zum ‚Ziel-I‘-Gebiet der EU-Regionalpolitik wird, also in die höchste Förderungskategorie kommen kann.

Nicht vergessen werden sollte weiters, daß Österreich im Ministerrat der Europäischen Union vier Stimmen zugesprochen erhalten wird. Zum Vergleich: Auch Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern verfügt heute über nicht mehr als 10 Stimmen. Wir werden also 40 Prozent des Stimmgewichts des bevölkerungsstärksten Landes der Europäischen Union haben.

Hohes Haus!

Während der letzten Verhandlungsrunde haben wir erneut gezeigt, daß Österreich seine Interessen selbstbewußt vertritt - was auch deshalb hervorzuheben ist, als diesmal die strittigsten Probleme zu lösen waren. Es waren dies insbesondere die Themenkreise ‚Zweitwohnsitze‘, ‚Landwirtschaft‘ und ‚Transit‘.

Was das Verhandlungsthema der ‚Zweitwohnsitze‘ betrifft, haben wir erreicht, daß Österreich bis zum Jahr 2000, also fünf Jahre lang, gemäß dem Beitrittsvertrag die derzeit vorgesehenen Regeln zur Kontrolle und Beschränkung des Zweitwohnungsmarktes unverändert aufrecht erhalten kann. Damit sind sämtliche Ländergesetze in diesem Punkt vollinhaltlich abgedeckt.

Auch nach diesem Zeitraum kann mit Maßnahmen auf dem Gebiet der Raumordnung, des Grundverkehrs, der Flächenwidmung und des Umweltschutzes voll und ganz sichergestellt werden,

- daß der Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung an Wohnraum zu angemessenen Preisen vorrangig abgedeckt wird und

- daß die österreichische Landschaft vor der Gefahr der Zersiedelung geschützt wird.

Diese Möglichkeiten werden die Vertragsparteien in der Schlußakte zum Beitrittsvertrag anerkennen und festhalten.

Beim Verhandlungskapitel ‚Landwirtschaft‘ haben wir uns alle gemeinsam für Lösungen im Interesse unserer Bauern eingesetzt; in der Erkenntnis, daß es für uns alle von entscheidender Bedeutung ist, ob uns unsere Bauern auch in Zukunft mit gesunder Nahrung versorgen, zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen und an der Pflege unserer Landschaft mitwirken können.

Ich meine jedenfalls, daß es uns möglich war, in den Verhandlungen ein Ergebnis zu erzielen, das unseren spezifischen Interessen Rechnung trägt und die Zukunft der österreichischen Bauern sicherstellt.

Als besonderen Erfolg betrachte ich das Verhandlungsergebnis im ganzen Bereich der Strukturförderung - von den Ausgleichszahlungen für die Bergbauern bis zu den umweltbezogenen Stützungen.

Der österreichischen Landwirtschaft wird die Anpassung auf das niedrigere Agrarpreisniveau der Gemeinschaft während eines Zeitraumes von vier Jahren durch eine volle Abgeltung mit Hilfe von Direktzahlungen erleichtert, wobei diese Zahlungen - entgegen ersten Forderungen aus den Reihen der Europäischen Union - keineswegs nur von uns, sondern zu einem erheblichen Teil aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden.

Insgesamt wird Österreichs Landwirtschaft während der Übergangszeit allein aus diesem Teil EG-Gelder in der Gesamthöhe von 7 Milliarden Schilling erhalten. An dauerhaften Förderungen im Bereich der Regional- und Strukturpolitik werden überdies Kofinanzierungsmittel der Europäischen Union in der Höhe von 6 Milliarden Schilling jährlich nach Österreich fließen.

Nach besonders harten Verhandlungen haben wir weiters erreicht, daß der ökologische Inhalt unseres Transitvertrages auch nach dem Beitritt Österreichs gewahrt ist. Auf diese Weise kann das seinerzeit vereinbarte Transitregime (insbes. die Ökopunkteregelung und das Ziel des 60%igen Schadstoffabbaus) grundsätzlich bis zum 1. Jänner 2004 aufrecht erhalten werden - und zwar für das gesamte Bundesgebiet.

Eine Änderung des bestehenden Regimes ab 2001 ist lediglich unter zwei Voraussetzungen möglich: wenn ein neues gemeinschaftliches Modell entwickelt wird, das die gleiche Schutzwirkung gewährleistet - oder wenn eine - in Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur erstellte - Studie festgestellt hat, daß die 60%ige Schadstoffabsenkung bereits vorher auf Dauer sichergestellt ist.

Hohes Haus!

Meine Regierungskollegen, die mit mir in Brüssel waren, werden die Einzelheiten der getroffenen Vereinbarungen noch näher erläutern.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich glaube, daß wir ein befriedigendes Gesamtergebnis erzielt haben, welches mit gutem Gewissen der Volksabstimmung vorgelegt werden kann. Ich möchte in diesem Hohen Haus und meinen österreichischen Mitbürgern sagen, daß wir mit diesem Verhandlungsergebnis über eine Grundlage verfügen, die es uns ermöglicht, den Weg ins gemeinsame Europa mit Selbstbewußtsein zu beschreiten.

Weiters glaube ich, daß die Verhandlungen der letzten Tage bewiesen haben, daß Österreich imstande ist, seine Interessen in Brüssel klar und bestimmt zu vertreten.

Auch die verschiedentlich laut gewordenen Warnungen, daß Österreichs ‚starre‘ Haltung dazu führen könnte, daß unser Land vom gegenwärtigen Erweiterungsprozeß ‚abgekoppelt‘ wird, haben an unserer klaren Verhandlungslinie nichts geändert: an jener Linie nämlich, daß uns der Inhalt der getroffenen

Vereinbarungen um vieles wichtiger ist als jedwede Überlegung zum Zeitplan.

Ich glaube, daß sich die Anstrengung gelohnt hat: Österreich hat seine wesentlichen Interessen im Integrationsprozeß gewahrt und hat zugleich die Aussicht, Europas Zukunft - die in jedem Fall ja auch die seine ist - aktiv und gleichberechtigt mitzugestalten.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben uns gestern eingeladen, gemeinsam mit ihnen das Europa von morgen zu gestalten - ein Europa des Friedens, der Sicherheit, des Wohlstandes, des zunehmenden Umweltbewußtseins und der wachsenden sozialen Gerechtigkeit.

Wir haben allen Grund, uns über diese - von zwölf neuen Partnern ausgesprochene - Einladung zu freuen. Nehmen wir sie an.

**Europa wartet auf uns!"**